OFFENE LINKE ANSBACH
Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat, Würzburger Landstraße 18, 91522 Ansbach,
www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 02.12.2010

Doppel-Ampel auf B14: Appell gegen Resignation – Stadtrat hat noch Einflussmöglichkeiten

Verkehrszahlen des Staatl. Bauamts lassen Stadtentwicklung unberücksichtigt – Gutachten gefordert

„Dezentrale Lösung" testen anstatt überhasteter Entscheidungen – Notfalls Landtag einschalten

„Es gibt keine Lösung gegen die Stadt." Dieses Versprechen der Obersten Baubehörde vom September 2010 hat jetzt die Offene Linke nach dem Plädoyer des Staatl. Bauamts Ansbach (StBaAn) für eine Doppel-Ampel auf der B14 zum Anschluss der US-Trabantenstadt auf dem Urlas ins Gedächtnis gerufen. Nach dem Vortrag des Bauamtsleiters Helmut Arndt im Stadtrat bleiben viele Fragen offen, aktuelle Zahlen liegen nicht auf dem Tisch. „Die Stadträte dürfen sich in dieser Situation nicht die Pistole auf die Brust setzten lassen", appellierte die Offene Linke: „Durch die Geschlossenheit des Stadtrats in Sachen Urlas-Knoten ist bereits einiges an Schaden für die Bürger der Stadt abgewendet worden. Es gilt, diesen Erfolg nicht durch unbegründete Resignation wertlos zu machen."

Die Offene Linke verwies in diesem Zusammenhang auf das Fehlen aktueller Verkehrszahlen für den Ansbacher Nord-Osten. Entgegen früherer Aussagen legte das StBaAn dort im Sommer 2010 durchgeführte Zählungen auch zur Stadtratssitzung am 23.11.10 nicht auf den Tisch. Die Argumentation Arndts beruht ausschließlich auf einer einzigen Verkehrszählung aus dem Jahr 2005. Diese Zahlen lassen die Siedlungsentwicklung am Pfaffengreuther Plateau, dem größten Neubaugebiet der Stadt, jedoch unberücksichtigt. Der angeblich zu geringe Verkehr aus Richtung Eyb zur Einmündung Hochstraße in die B14 lasse laut Arndt nicht den von der Stadt favorisierten und auch bei der im Oktober von der Offenen Linken eingebrachten „Dezentralen Lösung" vorgesehenen Kreisverkehr am Windmühlberg unmöglich erscheinen. Genau dort ist überdies im Flächennutzungsplan der Stadt seit über einem Jahrzehnt ein Kreisel vorgesehen.

„Das StBaAn lässt offenbar Daten, die deren Lösung nicht fundieren, bewusst unter den Tisch fallen", erklärte die Offene Linke und schlug der Stadt vor, ein eigenes Verkehrsgutachten, das insbesondere die Stadtentwicklung im Ansbacher Nord-Osten berücksichtigt, in Auftrag zu geben. Bis zur Fertigstellung des Gutachtens kann der Urlas problemlos über die bestehende Infrastruktur unter Einbeziehung der Shipton-Kaserne, wie in der „Dezentralen Lösung" vorgeschlagen, angebunden werden – ohne Dauerstau wie im Falle einer Behelfsampelanlage auf der B14. Die notwendigen Kontrollpunkte auf US-Seite existierten bereits. Die Weigerung der US-Armee, hier „aus Sicherheitsgründen" der Stadt nicht entgegen zu kommen sei nur vorgeschoben: „Die US-Armee befürchtet angesichts ihrer leeren Kassen sogar die vergleichsweise geringen Kosten einer Ertüchtigung von bestehenden Straßen innerhalb der Kasernenanlage", stellte die Offene Linke fest und betonte, dass das US-Militär, dessen Ausbaupläne Ursache der schwelenden Problematik sei, endlich auch finanziell in die Pflicht genommen werden müsse.

Das skizzierte Vorgehen einvernehmlich mit dem StBaAn zu lösen, scheint nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre unmöglich. Vielmehr müsse OB Seidel jetzt direkt mit dem Innenminister in Verhandlungen treten und notfalls über die örtlichen Abgeordneten Ackermann und Dr. Bauer den Landtag einschalten. „Diese Einflussmöglichkeiten zur Geltung zu bringen sind notwendig, um eine „No-Go-Area“ im Ansbacher Nord-Osten mit potenziellen Unfallschwerpunkten im Zuge einer Doppel-Ampel abzuwenden“, so die Offene Linke abschließend.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat